V-19-001 Nein zu Sklaverei, Gammelfleisch und Korruption - Nein zum Mercosur-Abkommen! Für eine faire europäische Handelspolitik mit klarem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu V-19

Von Zeile 1 bis 20:
~~Auf Biegen und Brechen will die EU-Kommission den Mercosur-Handelsdeal mit Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay Südamerikas abschließen. Das Handelsmandat stammt noch aus dem letzten Jahrtausend, es wurde im Jahr 1999 abgestimmt. Es ist nicht mehr zeitgemäß und unzureichend demokratisch legitimiert.~~

~~Europas Bürger*innen ist bis jetzt kaum bekannt, was dadurch auf ihren Tellern landen soll: Erst im März 2017 gab es einen Skandal rund um Gammelfleisch-Importe aus Brasilien. Ein Fleischkonzern gab zu, Inspektoren und hochrangige Politiker jahrelang bestochen zu haben. Trotzdem will die EU-Kommission nun die Einfuhrkontrollen lockern.~~

~~Der Handelsdeal bedroht den Verbraucherschutz in Europa - aber auch Umwelt- und Sozialstandards in den südamerikanischen Produktionsstätten. Gesetze zum Schutz der Artenvielfalt, gegen Bodenerosion, gegen Abholzung usw. werden ausgehebelt. Erst im Oktober 2017 hat der brasilianische Staatschef Temer das Antisklavereigesetz gelockert, so dass u.a. Großgrundbesitzer und Textilfabriken wieder Sklav*innen einsetzen können. Ab sofort muss das Element der Freiheitsberaubung stets präsent sein, damit Sklaverei konstatiert werden kann. Damit fallen die meisten Fälle durch das Raster.~~

~~Die EU würde durch den Abschluss eines weitreichenden Handelsabkommens im Rahmen eines Assoziationsabkommens mit dem Mercosur die fragwürdigen Umstände, die zur Präsidentschaft Temers geführt haben, und seine rückschrittliche Politik legitimieren. Brasilien gibt dafür allen Wünschen der EU nach. So macht sich die EU mitschuldig an einer Politik der Ausbeutung von Menschen und Umwelt.~~

Die Europäische Kommission verhandelt im Auftrag der Mitgliedsländer ein Handelsabkommen mit Mercosur, der Regionalorganisation von Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay. Das Handelsmandat stammt dabei noch aus dem letzten Jahrtausend; es wurde im Jahr 1999 abgestimmt. Zwischenzeitlich wurden die Verhandlungen für mehrere Jahre auf Eis gelegt. Somit ist das Mandat veraltet. Unter anderem haben die seit 2004 beigetretenen Mitgliedsstaaten nie über das Verhandlungsmandat abstimmen können. Außerdem sind dadurch die wichtigen Veränderungen des Lissabon Vertrages mit Blick auf Handel, allen voran das verbindliche Vorsorgeprinzip, nicht im Mandat enthalten. Wir fordern sowohl dessen Aufnahme in das Mandat als auch seine effektive Umsetzung – nicht wie in anderen Abkommen.
Der Verhandlungsstand des Mercosur-Abkommens wurde im Dezember 2017 von der Greenpeace-Sektion der Niederlande geleakt.

weitere Antragsteller*innen

Katharina Dröge (Köln KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Anna Cavazzini (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Dominic Hallau (Bielefeld KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Uwe Janssen (Esslingen KV); Peter Seimer (Böblingen KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Dorothea Kaufmann (Heidelberg KV); Martin Wilk (Berlin-Kreisfrei KV); David Esders (Heidelberg KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Paula Louise Piechotta (Leipzig KV); Sven Lehmann (Köln KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV)